

NACHRICHTEN

NEWTICKER

Tarife in Niedersachsen sind offiziell unter Dach und fach

Die Tariferhöhungen für rund 40 000 Beschäftigte in der niedersächsischen Diakonie sind unter Dach und Fach. Hannovers früherer Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg (SPD) gab nach rund dreijährigem Stillstand in den Entgeltverhandlungen in Hannover das Ergebnis der Schlichtung bekannt. Danach erhalten Beschäftigte diakonischer Dienste und Einrichtungen rückwirkend ab März in drei Stufen 5,5 Prozent mehr Lohn. Für Beschäftigte in der Altenpflege sind es 2,5 Prozent in zwei Stufen.

Berlin bekommt weitere 182 geriatrische Betten

In Berlins Krankenhäusern werden künftig 182 geriatrische Betten mehr eingerichtet. Ansonsten bleibt der Stand mit 20 550 Betten in den 57 Plankrankenhäusern fast unverändert. Das ergab die Aktualisierung der Berliner Krankenhausplanung 2010 bis 2015, die der Senat kürzlich verabschiedete. Mit der Streichung von rund 20 000 Krankenhausbetten seit 1991 habe Berlin einen großen Anteil am bundesweiten Abbau von rund 160 000 Betten geleistet, sagte Gesundheitsminister Mario Czaja (CDU). Der Zuwachs an knapp 200 Betten bei der Versorgung alter Menschen werde durch den Abbau von 200 Betten in anderen Bereichen kompensiert.

Wilhelm Bluschke führt jetzt Paritätischen im Nordosten

Der ehemalige Chef der AOK in Mecklenburg-Vorpommern, Friedrich Wilhelm Bluschke (67), führt jetzt den Paritätischen Wohlfahrtsverband im Nordosten. Eine Mitgliederversammlung wählte Bluschke in Schwerin für drei Jahre zum Vorsitzenden, wie der Verband dem Deutschen Pressedienst mitteilte. Er ist Nachfolger von Klaus Gollert, der nach zwölfjähriger Amtszeit nicht wieder kandidierte. Im Paritätischen Wohlfahrtsverband Mecklenburg-Vorpommern sind rund 200 gemeinnützige Organisationen und Selbsthilfegruppen zusammengeschlossen.

Sozialverband fordert die Bürgerversicherung

Der Sozialverband Deutschland hat sich wiederholt für die solidarische Bürgerversicherung ausgesprochen. Diese solle die gesetzliche Krankenversicherung fortentwickeln und die private als Vollversicherung abschaffen, sagte der Präsident des Verbands, Adolf Bauer, in Berlin. Bundesweit seien rund sieben Millionen Menschen einseitig durch Gesundheitskosten belastet. So sei es für chronisch kranke oder behinderte Menschen derzeit schwierig, eine hochwertige Versorgung beim Zahnersatz oder Hörgeräten zu bekommen.

SOZIALMINISTERIN RUNDT FACHFORUM „MEHR GUTE PFLEGE WAGEN!“ DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG IN HANNOVER

Land spielt noch nicht in der ersten Pflegeliga

Die Pflege in Niedersachsen hat viele Baustellen: niedrigste Pflegesätze für Heime in westdeutschen Flächenländern, magere Vergütungen in der ambulanten Pflege und veraltete Strukturen in der Pflegelandschaft.

VON UWE LÖTZERICH

Hannover // „Man hält mir gerne vor, ich würde einseitig Partei ergreifen. Doch ich ergreife gern Partei für die Menschen in Niedersachsen. Wir brauchen flächendeckend vielfältige Angebote, aber keine monopolistischen Strukturen und keinen Preiswettbewerb zu Lasten der Pflegebedürftigen.“ Engagiert ging Sozialministerin Cornelia Rundt (SPD) beim Fachforum „Mehr gute Pflege wagen!“ der Friedrich-Ebert-Stiftung in Hannover auf Kritik von Kassen ein, sie würde mit ihren Forderungen nach besserer Vergütung von Pflegeleistungen in Niedersachsen in die Selbstverwaltung eingreifen. Den Teufelskreis aus schlechter Vergütung von Pflegeleistungen in einem chronisch unterfinanzierten

// Wir sind kurz davor, die Pflege an die Wand zu fahren. //

CORNELIA RUNDT (SPD), SOZIALMINISTERIN IN NIEDERSACHSEN

System, zunehmender Arbeitsverdichtung, niedriger Bezahlung von Pflegekräften, frühem Berufsausstieg und schwieriger Nachwuchsgewinnung für den Altenpflegeberuf will Cornelia Rundt brechen, soweit es in ihrer Macht steht. Der jüngst von Rundt initiierte Fachkommission Pflege mit allen Selbstverwaltungspartnern und fachkundigen Bürgern hat sie Vorgaben

NACH DEM HOCHWASSER IN SACHSEN-ANHALT

Mit Pflegekassen Mehrkosten abrechnen

Magdeburg // Die Landesgruppe Sachsen-Anhalt des Bundesverbands privater Anbieter sozialer Dienste (bpa) wünscht sich von den Pflegekassen und den zuständigen Ministerien des Landes Sachsen-Anhalt, eine bestmögliche Unterstützung der Pflegeheime und Pflegedienste nach dem Hochwasser. Denn das Hochwasser der Saale und Elbe hat auch die Pflegebranche in Sachsen-Anhalt hart getroffen. Zum Teil standen Heime und ambulante Pflegedienste unter Wasser. Zahlreiche Patienten mussten in Notunterkünfte beziehungsweise in andere Heime und Krankenhäuser gebracht werden.

„Abgesehen von den baulichen Schäden, die in die Millionen gehen dürften, haben die Pflegeheime und -dienste in Sachsen-Anhalt während des Hochwassers unter großer Kraftanstrengung für eine gute Versorgung der Patienten gesorgt“, sagt Sabine Mrosek, Vorsitzende der

gemacht, um die Alten- und Krankenpflege in Niedersachsen und keine neue ergebnislose Arbeitsgruppe zu fördern.

Dieses Gremium soll dazu beitragen, dass die Pflegesätze für Heime schrittweise auf das Niveau westdeutscher Flächenländer steigen, die ambulante Pflege flächendeckend gestärkt und eine bessere Versorgung des ländlichen Raums z. B. durch finanzielle Anreize für dort arbeitende Pflegedienste erreicht wird. Attraktivere Bedingungen für die Ausbildung, die tarifliche Bezahlung von Pflegekräften und Bürokratieabbau hat sie der Kommission auf die Agenda geschrieben. Rundt: „Es gilt, dafür alle ins Boot zu holen, denn wir sind kurz davor, die Pflege an die Wand zu fahren!“

Konkret arbeitet ihr Ministerium an einer Reform des niedersächsischen Heimgesetzes, um die Gründung neuer ambulant betreuter Wohnformen für Pflegebedürftige oder Demenzkranke endlich so zu erleichtern wie es das Pflege-neuausrichtungsgesetz des Bundes intendiert. Derzeit verhindern Heimaufsichten so mancher Kommune Neugründungen, da ihnen das aktuelle Heimgesetz der schwarz-gelben Vorgängerregierung dazu Genehmigungs- und Regelungskompetenzen zuspricht.

Rundt auf Anfrage von CARE-konkret: „Um das abzustellen, brauchen wir eine Gesetzesänderung.“ Ende des Jahres werde Rot-Grün diese Reform durchgesetzt haben, hofft sie. Ansonsten blieben ihr juristisch die Hände gebunden. Gezielt fördern will die Landesregierung künftig selbstbestimmte Wohngruppen aller Alters- und Bedarfsgruppen in Wohnsiedlungen.



Cornelia Rundt (SPD) spricht beim Fachforum der Friedrich-Ebert-Stiftung.

105 000 Menschen im Lande arbeiten in der Altenpflege, darunter 36 000 Fachkräfte, und versorgen rund 260 000 Pflegebedürftige. Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt bis 2023 auf 310 000 und bis 2050 auf 480 000, ergaben Prognosen. Zudem liegen der Sozialministerin eine tariflich abgesicherte bessere Bezahlung von Fachkräften und die Gewinnung von Männern für den Altenpflegeberuf am Herzen. Rundt: „Solange ein Kfz-Mechatroniker mehr verdient als ein Altenpfleger, werden Männer nicht in die Altenpflege gehen!“

Schützenhilfe für diese Wünsche erhielt sie an diesem Abend vom zuständigen Fachbereichsleiter des verdi-Landesbezirks, Joachim Lüddecke, und vom Vorstandschef der AWO im Bezirk Braunschweig, Rifat Fersahoglu-Weber, als Vertreter tarifgebundener freigemeinnütziger Pflegeanbieter.

„In der ambulanten Pflege spielt das Land noch nicht in der ersten Liga“, konstatierte Fersahoglu-Weber auf eine vorgegebene Frage von Moderatorin Jasmin Arbabian-Vogel, einer Sozialdemokratin und privaten Pflegedienstbetreiberin in Hannover. Gerade im ambulanten Bereich würde die tarifliche Vergütung der Mitarbeitenden noch nicht refinanziert, während letztlich Urteile des Bundessozialgerichts dies in der stationären Pflege auch in Niedersachsen erzwingen.

Neue ambulante Versorgungsstrukturen in Wohnquartieren mit konsequenter Einbindung Pflegebedürftiger in das soziale Umfeld durch ehrenamtliche und professionelle Kräfte in Nordrhein-Westfalen fehlen in Niedersachsen vielerorts. Die rot-grüne Koalitionsvereinbarung beinhalte auch dies, sagte Ministerin Rundt auf Anfrage von CAREkonkret. Auch eine kommunale Bedarfsplanung für die Pflege und Chancen für eine Begrenzung von Heimneubauten würden geprüft.

Ein Gesetzentwurf zur Schulgeldfreiheit von Altenpflegeschülern, der die bislang freiwillige Förderung der Vorgängerregierung ablöst, und die Einführung einer gerichtsfesten Ausbildungumlage für alle Leistungserbringer in der Pflege zur Finanzierung der Altenpflegeausbildung treibt die Ministerin voran. Auch dies sei eine Antwort auf den Fachkräftemangel. Denn 2030 fehlten in Niedersachsen 50 000 Fachkräfte, wenn nichts geschieht.

AWO NORDHESSEN STELLT PROJEKTERGEBNISSE VOR

Neue Sprachkultur in der Pflege wagen

Kassel // „Altenpflege ... Was ist Pflege wert?“ lautet der Titel einer Fachtagung der AWO Nordhessen am 13. September in Kassel. Namhafte Referenten, darunter auch Sandra Wiesner-Mantz, werden sich der Wertschätzung der Altenpflege in der Gesellschaft und auch im eigenen Kosmos aus unterschiedlichen Perspektiven nähern. Gleichzeitig beleuchten sie Strategien und Konzepte, die Einfluss auf das Ansehen von Altenpflege, respektive Pflege haben. Dabei wird auch auf die Bedeutung und Einfluss von Sprache eingegangen.

Die AWO Nordhessen hat bereits im vergangenen Jahr das Thema „Neue Sprach- und Kommunikationskultur“ aufgegriffen und eine mehrjährige Fortbildungsreihe aufgelegt. Grundpfeiler des Projekts ist die Ausbildung von Sprachlotsen und Sprachpiloten. In einer ersten Phase bewerten die Teilnehmenden typische Redewendungen aus

dem beruflichen Alltag: „Was sage ich da eigentlich? Welche Gedanken und Gefühle verbinde ich mit dem Gesagten?“ Im zweiten Schritt folgt die Entwicklung eines „Schatzes der guten Worte“. Auch die Art der Kommunikation ist Thema der Fortbildung. In welchem Ton, in welcher Stimmlage, in welchem Tempo kommunizieren wir? Schauen wir unser Gegenüber beim Sprechen an oder sprechen wir im Vorbeigehen? Durchgeführt wird das Projekt von Sandra Wiesner-Mantz, ehemalige Altenpflegerin und Trainerin für Kommunikations- und Sprachkultur. Bei der AWO Nordhessen ist man überzeugt, dass eine „gepflegte“ Sprache und Kommunikation wesentliche Bausteine hochwertiger Pflege sind. (ck)

■ Weitere Informationen zur Fachtagung sowie zu den Anmeldeformalitäten stehen online auf www.awo-nordhessen.de